
politische bildung

Beiträge zur
wissenschaftlichen
Grundlegung und zur
Unterrichtspraxis

Krieg und Frieden

Mit Beiträgen von

Ulf von Krause
Reinhard Meyers
Hans-Joachim Reeb
Bernhard Rinke
Christian Stock
Patrick Wagner

Forum:
Young-Sik Huh
Chang-Hwa Jung
Georg Weißeno

Federführend
herausgegeben von
Johannes Varwick

 **WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Impressum

politische bildung

Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis

Erscheint im 47. Jahrgang
Begründet von Walter Gagel

Herausgeber	Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling Melanchthonstr. 36 72074 Tübingen	Prof. Dr. Peter Massing Katteweg 25 a 14129 Berlin	Prof. Dr. Kerstin Pohl Richardplatz 8 12055 Berlin
	Prof. Dr. Stefan Schieren Steghäuser 3 85072 Eichstätt	Prof. Dr. Johannes Varwick Herderstr. 15 10625 Berlin	

Federführende Herausgeber für dieses Heft Johannes Varwick

Reviewverfahren Die fachwissenschaftlichen Beiträge durchlaufen ein board-review-Verfahren. Sie werden von den Herausgebern angefragt und begutachtet. Für die Beiträge zur „Unterrichtspraxis“ und das „Forum“ besteht ein fortdauernder „call for papers“. Die Beiträge werden in einem double blind peer review-Verfahren von einem review-board begutachtet. Mitglieder dieses review-boards sind Praktiker und Wissenschaftler: Antje Breit, Prof. Dr. Joachim Detjen, Philip Elsen, Hans-Jürgen Friedrichs, Prof. Dr. Thilo Harth, Prof. Dr. Ingo Juchler, Michael Kittler, Angela Kirsch, Prof. Dr. Hans-Werner Kuhn, Dr. Michael May, Prof. Dr. Dagmar Richter, Jessica Schattschneider, Christoph Wagner, Prof. Dr. Georg Weißeno, Prof. Dr. Bettina Zurstrassen. Nähere Informationen unter www.zeitschriftpolitischebildung.de.

Redaktionsanschrift WOCHENSCHAU VERLAG, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.

Verlag und Vertrieb WOCHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Verleger: Bernward Debus, Tessa Debus
Tel.: 06196/86065, Fax: 06196/86060, E-Mail: info@wochenschau-verlag.de,
Internet: www.wochenschau-verlag.de

Bezugsbedingungen Es erscheinen 4 Hefte jährlich. Preise: Einzelheft € 23,50; Jahresabopreis € 66,80; Jahresabonnementspreis für Studierende und Referendare € 33,40; alle Preise zuzüglich Versandkosten. Kündigung: 8 Wochen (bis 31.10.) vor Jahresschluss. Bankverbindung für Überweisungen: Postbank Frankfurt, Konto-Nr. 0003770608, BLZ 500 100 60, IBAN DE68 5001 0060 0003 7706 08, BIC PBNKDEFFXXX. Zahlungsweise: Lieferung gegen Rechnung oder Lastschrift.

Anzeigenleitung Brigitte Bell, Tel.: 06201/340279, Fax: 06201/182599,
E-Mail: brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

© WOCHENSCHAU VERLAG, Schwalbach/Ts.

Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den vom Gesetzgeber vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt. Die hier veröffentlichten Fachaufsätze werden in der Reihe „Einführung Politik“ des Wochenschau Verlages z.T. auch in Buchform publiziert. Dies gilt nicht für die didaktischen Teile der Zeitschrift.

ISSN 0554-5455 ISBN 978-3-89974958-8

WOCHENSCHAU VERLAG • Adolf-Damaschke-Straße 10 •
65824 Schwalbach am Ts. • Tel: 06196/84010 • Fax: 06196/86060
E-Mail: info@wochenschau-verlag.de
www.zeitschriftpolitischebildung.de

INHALT

Krieg und Frieden

<i>Johannes Varwick</i> : Einleitung	5
<i>Patrick Wagner</i> : Vom totalen Krieg zum latenten Unfrieden. Kriegführung und Politik im Jahrzehnt des Ersten Weltkrieges (1914 bis 1923)	9
1. Vier Jahre Patt: der Erste Weltkrieg als Stellungskrieg der Soldaten und Diplomaten	
2. Von Verdun nach Compiègne: Der Siegfrieden als einziger Ausweg aus dem totalen Krieg	
3. Von Sarajevo nach Wladiwostok: Der totale Krieg als Katalysator ethnischer und ideologischer Gewalt	
4. Von Versailles nach Lausanne: Der rasche Zerfall der neuen Weltordnung	
<i>Reinhard Meyers</i> : Krieg und Kriegsentwicklung in der wissenschaftlichen Diskussion	30
1. Entwicklungsdynamik	
2. Grundkonstanten der Diskussion: Entwicklung des Staates, der Produktivkräfte und der Destruktionsmittel	
3. Bilanz: Elemente einer historischen Formenlehre von Krieg und Frieden	
<i>Bernhard Rinke</i> : Warum herrscht Frieden? Ursachen stabilen zwischenstaatlichen Friedens	54
1. Von der Kriegsursachenforschung zur Friedensursachenforschung	
2. Frieden durch internationale Regime und Organisationen: Der Institutionalismus	
3. Frieden durch Freihandel und Demokratisierung: Der Liberalismus	
4. Warum Frieden herrscht	
<i>Ulf von Krause</i> : Parlamentarische Befugnisse („War Powers“) im Spiegel der Theorie des „Demokratischen Friedens“. Eine vergleichende Betrachtung Deutschlands, Großbritanniens, der USA und Frankreichs	74
1. Theorie des „Demokratischen Friedens“	
2. Systematisierung von parlamentarischen Einflussmöglichkeiten	
3. Ergebnis	

Christian Stock: Deutschland und der Einsatz militärischer Gewalt zur
Konfliktbewältigung 94

1. Dem Frieden verpflichtet?
2. Deutschland und der Einsatz der Bundeswehr
3. Rechtliche Rahmenbedingungen
4. Die Praxis des Einsatzes von Gewalt auf der internationalen Ebene
5. Moralische und politische Begründungen
6. Deutschlands Umgang mit den heutigen sicherheitspolitischen
Herausforderungen

Unterrichtspraxis

Hans-Joachim Reeb: Krieg als Thema im Politikunterricht der
Sekundarstufe II. Der syrische Bürgerkrieg in der politischen Bildung 116

Buchbesprechungen

Sammelrezension zum Thema
Die Heterogenität des Krieges im Lichte der gegenwärtigen Forschung (von Christian Stock) 138

Fachwissenschaft
Cabanes, Bruno/Duménil, Anne (Hrsg.): Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Katastrophe
(von Stefan Schieren) 150

Fachdidaktik
??? (von ???) 154

Forum

Young-Sik Huh, Chang-Hwa Jung, Georg Weißeno:
Politische Bildung, Interkulturalität und Integration 158

Das aktuelle Thema

Gotthard Breit: Leben online – eine Herausforderung für den
Politikunterricht 170

Abstracts 184
Autorinnen und Autoren 190

■ Johannes Varwick

Einleitung

Nicht nur der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges bietet reichlich Anlass, sich mit dem Thema „Krieg und Frieden“ zu befassen. Denn Krieg und Frieden gehören nicht nur zu den zentralen Gegenständen des Politischen, sondern der gewaltsame Konfliktaustrag war und bleibt offenkundig Begleiter gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse. Den etwa 17 Millionen im Ersten Weltkrieg (Juli 1914 bis November 1918) getöteten Soldaten und Zivilisten folgten mehr als 50 Millionen Tote infolge des Zweiten Weltkrieges (September 1939 bis September 1945). Mag auch aus deutscher und europäischer Perspektive mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine stabile Periode dauerhaften Friedens eingeleitet sein: Seit Ende des Zweiten Weltkriegs haben in der Welt mehr als 200 Kriege stattgefunden (obgleich die Zahl je nach Definition und Forschungsansatz stark variiert), die zusammen mehr Tote forderten als der gesamte Zweite Weltkrieg.

Im Jahr 2013 wurden nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) weltweit 30 Kriege und bewaffnete Konflikte ausgetragen, elf in Afrika, zehn im Vorderen/Mittleren Orient, acht in Asien sowie einer in Lateinamerika. Andere Institute, wie etwa das Stockholm Institute for Peace Research (SIPRI) oder das International Institute for Strategic Studies (IISS) kommen aufgrund anderer Kriterien zu etwas anderen Zahlen. So zählt SIPRI für 2010 insgesamt 15 *major armed conflicts*, die definiert sind als ein militärischer Konflikt zwischen zwei oder mehr Regierungen bzw. einer Regierung und mindestens einer organisierten bewaffneten Gruppe, bei dem jährlich mehr als 1000 Tote zu beklagen sind. Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIIK) zählt für das Jahr 2012 396 politische Konflikte, davon 18 Kriege und 25 begrenzte Kriege. Insgesamt wurden nach dieser Zählweise 208 Konflikte auch gewaltsam ausgetragen, diesen stehen allerdings 188 vornehmlich gewaltfreie Auseinandersetzungen gegenüber.

Nach Definition der AKUF handelt es sich bei einem Krieg um einen gewaltsamen Massenkonflikt, der alle folgenden Merkmale aufweist: (a) an den Kämpfen sind zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt, bei denen es sich mindestens auf einer Seite um reguläre Streitkräfte (Militär, paramilitärische Verbände, Polizeieinheiten) der Regierung handelt; (b) auf beiden Seiten muss ein Mindestmaß an zentralgesteuerter Organisation der kriegführenden Parteien und des Kampfes gegeben sein, selbst wenn

dies nicht mehr bedeutet als organisierte bewaffnete Verteidigung oder planmäßige Überfälle (Guerillaoperationen, Partisanenkrieg usw.); (c) die bewaffneten Operationen ereignen sich mit einer gewissen Kontinuität und nicht nur als gelegentliche, spontane Zusammenstöße, d. h. beide Seiten operieren nach einer planmäßigen Strategie, gleichgültig ob die Kämpfe auf dem Gebiet eines oder mehrerer Gesellschaften stattfinden und wie lange sie dauern. Die AKUF unterscheidet idealtypisch insgesamt fünf Kriegstypen, wobei in der Praxis auch Mischformen feststellbar sind: Antiregime-Kriege, bei denen um den Sturz der Regierenden oder um die Veränderung des politischen Systems oder auch der Gesellschaftsordnung gekämpft wird; Autonomie- und Sezessionskriege, bei denen um größere regionale Autonomie innerhalb des Staatsverbandes bzw. um Sezession vom Staatsverband gekämpft wird; Dekolonisationskriege, in denen um Befreiung von Kolonialherrschaft gekämpft wird; zwischenstaatliche Kriege sowie sonstige innerstaatliche Kriege.

Der klassische zwischenstaatliche Krieg ist allerdings zunehmend zur Randerscheinung geworden. An die Stelle des zwischenstaatlichen Krieges trat und tritt zunehmend ein neuer Kriegstyp, der sich wiederum ganz verschiedenartig darstellt und sowohl öffentliche und private, inner- oder zwischengesellschaftliche, internationale und nationale als auch regionale und lokale Kriegsparteien als Akteure umfasst. Dieser Kriegstypus verbindet miteinander Momente des klassischen Krieges, des Bürgerkrieges, des organisierten Verbrechens und der planvollen weitreichenden Verletzung der Menschenrechte. Er ist zugleich gekennzeichnet durch die tendenzielle Privatisierung der Gewaltanwendung. Im Zuge dieser Veränderung erodiert das neuzeitliche Monopol der Staaten zur Kriegsführung und zudem wird der Ort, von dem militärische Gefahren ausgehen, in Zukunft schwerer zu bestimmen sein.

Der nationalstaatliche Alleinvertretungsanspruch zur Ausübung militärischer Gewalt hat zwar zu zahlreichen Kriegen geführt, jedoch in jüngster Zeit im Zuge der zunehmenden Beachtung des Allgemeinen Gewaltverbots durchaus stabilisierend gewirkt. Militärische Macht zur Durchsetzung nationalstaatlicher Interessen erscheint (frei nach dem Motto „nicht immer, aber immer öfter“) als nicht mehr legitimierbar, wenig zielführend und zudem mit zu großen Risiken verbunden. Die Privatisierung von Gewalt und Krieg, die „sicherheitspolitische Rückkehr des Mittelalters“, hat diesen Gewinn an Stabilität jedoch erodieren lassen.

Das Kriegs- und Konfliktgeschehen wird, um es mit einem Wort zu beschreiben, unübersichtlicher. Die Konfliktursachen sind ebenfalls vielfältiger geworden. Unabhängigkeitsbestrebungen ethnischer Gruppen bzw. die gewaltsame Ausübung des Selbstbestimmungsrechts, Fundamentalismus bzw. ideologischer und religiöser

Extremismus, Terrorismus, klassische Macht- und Regionalkonflikte, Umweltzerstörung, Verknappung lebenswichtiger Ressourcen bzw. das Erreichen der Belastbarkeitsgrenzen des globalen Ökosystems und anderes mehr gehören zu den wichtigsten Konfliktpotentialen der Zukunft, die in offene Gewaltanwendung münden können. Zudem erweist sich das Ausmaß an weltweiter Ungleichheit, das mit dem Begriff der „globalen Apartheid“ belegt wurde, als zunehmend konflikträchtig. Schwache – nicht starke – Staaten scheinen zum Problem für internationale Stabilität zu werden, denn sie bieten den idealen Nährboden für die Entwicklung substaatlicher oder privater Gewaltakteure, die sich entweder innerhalb der *failed states* als *warlords* betätigen oder aber Gewalttätigkeit in andere Staaten und Gesellschaften exportieren.

Der vorliegende Band widmet sich in fünf fachwissenschaftlichen Beiträgen exemplarisch einigen Ausschnitten aus dieser umfassenden Problematik.

100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges nimmt zunächst *Patrick Wagner* die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George Kennan) in den Blick. Er zeichnet den Verlauf nach, fragt, warum das millionenfache Gemetzel nicht frühzeitiger durch Verhandlungen beendet (oder gar verhindert) wurde und auf welche Weise der Krieg dann doch zu einem gewissen „Ende“ kam. Er argumentiert aber, dass es sich mit der Beendigung des totalen Krieges weniger um ein abruptes Ende gehandelt habe, sondern um eine Transformation in ein Nebeneinander von regionalem Frieden, Waffenstillständen sowie anderen Staaten- und Bürgerkriegen. Die sich anschließende Neuordnung durch die Versailler Verträge erschien den meisten europäischen Staaten als revisionsbedürftig und revisionsfähig – und diese strukturelle Unsicherheit trug wesentlich zur Instabilität des europäischen Staatensystems mitsamt den katastrophalen Folgen bei.

Reinhard Meyers liefert eine Bestandsaufnahme des Themas Krieg in der politikwissenschaftlichen Diskussion. Referenzpunkt dabei ist der empirische Befund, dass klassische Staatenkriege in den vergangenen Jahrzehnten sukzessive zur Randerscheinung geworden sind, dass aber die Welt weiterhin durch den Einsatz organisierter militärischer Gewalt zur Durchsetzung verschiedenster Interessen geprägt ist. Kriegsbild und Kriegsführung sind von einem überwiegend zwischenstaatlichen zu einem überwiegend innergesellschaftlichen Problem geworden. Diese vielschichtigen Veränderungen fordern auch den Prozess der rechtlichen Einhegung und Verstaatlichung des Krieges massiv heraus.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen lenkt *Bernhard Rinke* den Blick auf die Friedensursachenforschung. Unter Bezugnahme auf ausgewählte Theorien der Lehre von den Internationalen Beziehungen (IB) arbeitet er Faktoren und Bedingungen

heraus, die Zonen zwischenstaatlichen Friedens ermöglicht haben und weiterhin ermöglichen. Gerade beim Gedenken an „100 Jahre Erster Weltkrieg“ sieht er in der Existenz stabiler Friedenszonen wie der EU den Beleg für die These, dass der Mensch durchaus Frieden machen kann.

In einer vergleichenden Studie betrachtet *Ulf von Krause* die parlamentarischen Befugnisse in Deutschland, Großbritannien, den USA und Großbritannien bei Entscheidungen über den Gebrauch von Militär als Mittel der Politik im Spiegel der Theorie des „Demokratischen Friedens“. Die parlamentarischen Befugnisse weisen eine große Spannweite auf, deren Nutzung in der Praxis jedoch unterschiedlich wirksam ist. Aus demokratietheoretischer Sicht begrüßt von Krause den sich abzeichnenden Trend zu mehr parlamentarischen Kompetenzen, er sieht darin aber keinen hinreichenden Faktor, um aus der normativen Theorie des demokratischen Friedens praktische Politik zu machen.

Christian Stock diskutiert abschließend die veränderte Rolle Deutschlands beim Thema Krieg und Frieden. Aufbauend auf der Analyse der innenpolitischen Entwicklungen und der rechtlichen Vorgaben werden die Praxis der internationalen Friedensmissionen sowie moralische und politische Entscheidungsgrundlagen in den Blick genommen.

Auch die Unterrichtspraxis widmet sich dem Themenschwerpunkt. *Hans-Joachim Reeb* analysiert zunächst unterschiedliche Zugänge zum Thema Krieg in der politischen Bildung und stellt dies dann in einen breiteren Kontext grundlegender didaktisch-methodischer Überlegungen aus Sicht der Sicherheitspädagogik. Der syrische Bürgerkrieg dient dann als aktuelles Fallbeispiel für eine Unterrichtseinheit. Eine Sammel- sowie eine Einzelrezension zum Themenschwerpunkt liefern abschließend zahlreiche Hinweise für eine vertiefte Beschäftigung mit dem Thema Krieg und Frieden.

Jenseits des Themenschwerpunktes widmet sich neben einer fachdidaktischen Rezension das Forum von *Young-Sik Huh*, *Chang-Hwa Jung* und *Georg Weiseno* dem Thema „Politische Bildung, Interkulturalität und Integration“. Das aktuelle Thema von *Gotthard Breit* will Politiklehrende anregen, über die Auswirkungen moderner Kommunikationsmittel auf den Politikunterricht nachzudenken: „Leben online – eine Herausforderung für den Politikunterricht“.